



## **Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie**

### **11. Sitzung (öffentlich)**

7. Dezember 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 17:16 Uhr

Vorsitz: Rainer Schmelzer (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Datenlage – Bereich Bildung</b> ( <i>Vortrag Prof. 'in Dr. Ursula Carle s. Anlage 2</i> ) – Gespräch mit sachverständigen Gästen ( <i>s. Anlage 1</i> )	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage</b> Ausschussprotokoll 17/1540, TOP 1 (Seiten 4-29) – Aussprache	<b>21</b>
<b>3</b>	<b>Datenlage – Krankenhausdaten / stationäre Versorgung</b> Ausschussprotokoll 17/1568, TOP 1 (Seiten 3-17) – Aussprache	<b>23</b>

**4 Datenlage – ambulante Versorgung, insb. zu Long COVID 25**

Ausschussprotokoll 17/1568, TOP 2 (Seiten 18-48)

– Aussprache

\* \* \*

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Ich begrüße Sie zur 11. Sitzung des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie.

Die Tagesordnung haben die Ausschussmitglieder mit Einladung 17/2133 am 30. November 2021 erhalten. Ich frage trotzdem der Form halber noch mal in die Runde: Gibt es Wünsche zur heutigen Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall, und dann gehe ich von Ihrem Einverständnis aus.

Sie werden es schon mitbekommen haben: Die Sitzung wird wieder per Video-Livestream im Internet übertragen, und zudem darf ich Sie darüber informieren, dass derzeit die Beschlüsse zu einer reduzierten Zahl anwesender Ausschussmitglieder gelten. Das heißt im Umkehrschluss, wenn es zu einer Abstimmung kommen würde, würden wir in Fraktionsstärke abstimmen.

**1 Datenlage – Bereich Bildung (Vortrag Prof.'in Dr. Ursula Carle s. Anlage 2)**

– Gespräch mit sachverständigen Gästen (s. Anlage 1)

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Das Parlamentarische Begleitgremium möchte heute mit sachverständigen Gästen Sachstand und Fragen zur Datenlage im Bereich „Bildung“ erörtern, und ich freue mich, unsere Gäste begrüßen zu dürfen, als da wären: Hier im Sitzungssaal Frau Professorin Dr. Anja Steinbeck, Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf – herzlich willkommen! –, und Eva-Maria Thoms von mittendrin e. V. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Und per Video ist hoffentlich zugeschaltet Frau Professorin Dr. Ursula Carle aus Friedrichshafen. – Leider noch kein Feedback, aber der Techniker ist wie immer bestens bemüht. – Vielen Dank an alle Sachverständigen, dass Sie dem Gremium heute zur Verfügung stehen.

Den Sachverständigen wurden vorab jeweils Fragestellungen übermittelt, zu denen wir mit Blick auf die heutige Sitzung Stellungnahmen erbeten haben. Ich danke Ihnen für Ihre schriftlich eingereichten Beiträge, die unter anderem die Basis für weiterführende Fragen aus dem Abgeordnetenkreis sind. Bitte beachten Sie das vor Ihnen liegende Tableau, welches entsprechende Hinweise enthält und eine Reihenfolge vorschlägt. An diese Reihenfolge werde ich mich auch halten. Unserem zugeschalteten Gast wurde das Tableau vorab zugeleitet.

Zunächst möchte ich – für die Abgeordneten hier in dem Kreis ist das nichts Neues – den Sachverständigen in der Reihenfolge des Tableaus Gelegenheit geben, in einem kurzen, ca. fünfminütigen Statement – die Betonung liegt auf „ca.“ – ihre Einschätzung bzw. ihre wichtigen Punkte zum Thema dem Gremium darzulegen. Wir beginnen mit dem Statement von Frau Professorin Dr. Steinbeck von der Heinrich-Heine-Universität. Bitte, Sie haben das Wort.

**Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Rektorin der HHU Düsseldorf):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einladung. – Ich werde mich an die fünf Minuten halten. Ich habe eine Vorbemerkung, und dann würde ich gern etwas zur Vergangenheit und etwas zur Zukunft sagen.

Wir können natürlich die Folgen der Pandemie an der Universität noch nicht vollends absehen und abschätzen, aber wir müssen uns noch mal vor Augen führen, dass der Studienbeginn für junge Menschen eine ganz wichtige Phase ist. Das ist die Phase, wo sie ausziehen, wo sie ihr soziales Umfeld ändern, sich von dem Elternhaus abnabeln und sich, wie es ein Bildungsforscher vor Kurzem formuliert hat, auch ein neues Wertesystem erarbeiten. Diese Phase ist im Leben nicht wiederholbar. Man kann ja nicht zweimal die Schule verlassen und mit dem Studium anfangen. Für die jungen Menschen, die jetzt 19 oder 20 Jahre alt sind, macht die Coronazeit inzwischen ein Zehntel ihrer Lebensphase aus. Die war ja nun sehr beeinträchtigt, und dazu möchte ich zunächst einen Blick auf die Vergangenheit werfen und dann in Richtung Zukunft blicken, denn die Frage war auch, was man tun könnte.

Wenn wir auf die letzten drei Semester zurückschauen, können wir feststellen, dass die Studienleistungen weniger geworden sind, also es haben sich weniger Studierende

zu Prüfungen angemeldet. Die Ergebnisse, die erzielt wurden, waren aber nicht unbedingt schlechter. Wir können jetzt nicht sagen, dass signifikant schlechtere Noten erzielt wurden, aber die Prüfungsleistung insgesamt ist schlechter geworden. Wir haben auch gesehen, dass die Zahl der Beratungen zugenommen hat. Also wir haben ein Studierenden-Service-Center, das Studierende im Laufe des Studiums berät, und da hat sowohl die Anzahl der Beratungsfälle als auch – ich habe mich da jetzt noch einmal vergewissert – deren Schwere zugenommen. In unserem Studierenden-Service-Center arbeiten keine ausgebildeten Psychologen, sondern dort haben die Beratenden die Möglichkeit, direkt an die Universitätsklinik, in die psychotherapeutische Tagesklinik zu überweisen, wenn sie das Gefühl haben, mit ihrer Beratungskunst am Ende zu sein, und da haben die schwerwiegenden Fälle zugenommen – also von Studierenden, die in Depressionen verfallen sind, angefangen von Zweifeln am Studium, ob das das Richtige ist, bis hin zu wirklichen Depressionen oder Suizidgedanken.

Nach dem, was mir Lehrende berichtet haben – das ist natürlich keine statistisch valide Erhebung –, haben die vielen Onlineveranstaltungen bisweilen zu einer Verrohung der Kommunikation – so haben sie es genannt – geführt. Der Sprachduktus in Mails oder in Chats oder wie auch immer war also deutlich anders als vorher im Hörsaal. Ein bekannter Bildungsforscher hat im „Spiegel“ der letzten Woche einen Beitrag veröffentlicht und genau das bestätigt: Die Pandemie wird diese Studierendenkohorte vermutlich ein Leben lang prägen. Besonders im Sozialverhalten der jungen Leute ließen sich Defizite nachweisen. Es besteht eine große Verunsicherung im Umgang mit anderen Menschen. Das berichten mir auch die Lehrenden von den Studierenden, die jetzt in den Hörsaal zurückgekommen sind. Im Wintersemester haben wir ja mit Präsenz gestartet. Sie kapseln sich mehr ab, also sie sind nicht so offen, wie sie es in den Jahren vorher gewohnt waren.

Letzter Punkt des Rückblicks: Die Frage, ob ich mit der Politik zufrieden war, möchte ich unterteilen. Insgesamt ist bundespolitisch der Bildungsbereich viel zu spät in den Blick gelangt. Das galt wahrscheinlich auch für andere Bereiche, aber man hat ja immer nur überlegt, wie man vulnerable Gruppen schützen kann, und hat solche Begleiterscheinungen von Shutdowns nicht in den Blick genommen. Als man dann den Bildungsbereich in den Blick genommen hat, hat man den Fehler begangen, Schulen und Hochschulen gleich zu behandeln, was wirklich fatal ist, weil wir an der Universität keine Kohorten haben. Also es ist einfach nicht vergleichbar, denn in einer Universität mit 36.000 Studierenden sind die Studierenden ja nicht in einem Klassenverband, sondern haben ständig Bewegungen und sind mit den anderen Kohorten zusammen. Auf der anderen Seite ist natürlich ein Hörsaal auch nicht vergleichbar mit einem Klassenraum. Also es sind wirklich ganz andere Bedingungen, und ich denke auch, dass die Tatsache, dass so eine Universität nicht nur der Wissensvermittlung dient, sondern auch ein soziales Umfeld ist, nicht richtig in den Blick geraten ist.

Insbesondere, was das Landesministerium angeht, die umsetzende Behörde unter Ministerin Pfeiffer-Poensgen und da die Abteilung von Herrn Thönnissen – das möchte ich hier mal betonen – haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten wirklich alles getan. Die konnten ja auch nicht immer alles durchentscheiden, die waren vom Bund abhängig, die waren vom MAGS abhängig, aber der Austausch mit der Abteilung und den

Hochschulrektoren war wirklich gut. Denen kann man und möchte ich auch keinen Vorwurf machen.

Jetzt der Blick in die Zukunft: Wir müssen den Studierenden dieser Generation, die also in den letzten beiden Wintersemestern angefangen haben, besondere Aufmerksamkeit widmen. Für die Studierenden, die bei Ausbruch der Pandemie schon im 4. und 5. Semester waren, ist das nicht so schlimm gewesen. Die hatten ja schon ihren Bekanntenkreis. Aber ganz einschneidend war es für die Studierenden, die im Wintersemester 20/21 oder im Sommersemester 20 begonnen haben. Für die sollte man jetzt Programme, die es schon gibt, eventuell ausbauen. Da gibt es „Talentscouting NRW“ – das hatte ich auch bereits in meinen Unterlagen angeführt –, das KAOA oder auch das Projekt „Next Career“ für Studierende, die Zweifel am Studium haben. Das sind kurzfristige Maßnahmen, wo man das, was schon besteht, ausbaut, oder vielleicht überlegt man sich für diese Generation auch noch mal etwas Neues – Corona ist vorbei, und was jetzt? –, um die, die jetzt im 3. Semester sind, aber nie einen richtigen Studienstart hatten, aufzufangen.

Wenn man noch weiter denkt, ist es natürlich ganz wichtig, dass in Zukunft der Rechtsrahmen für Onlineveranstaltungen klar ist, insbesondere bei Prüfungen – Stichwort: „Tracking“ –, also wie kann ich die Studierenden beobachten, wenn sie zu Hause Prüfungen machen. Langfristig werden wir durch die zunehmende Onlinelehre, die einen richtigen Schub bekommen hat, auch große Fragen wie den Hochschulbau zu bewältigen haben. Denn die Studierenden kommen jetzt nicht auf den Campus und gehen allesamt in den Hörsaal, sondern die Hälfte geht in den Hörsaal, und die andere Hälfte bleibt auf dem Campus, möchte online an einer Vorlesung teilnehmen und braucht da einen geschützten Raum mit WLAN, wo sie ihre Laptops anstecken kann. Diese Studierenden sind dann eben nicht im Hörsaal, aber vielleicht besuchen sie mit einem Freund oder einer Freundin zusammen online eine Vorlesung oder nehmen auch Onlinetools wahr. Also das ist jetzt noch der größere Ausblick. Damit möchte ich erst mal meine einführende Stellungnahme schließen. Danke schön.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Vielen herzlichen Dank, Frau Professorin Steinbeck. – Was die Verbindung mit Frau Professorin Carle angeht, gibt es noch technische Probleme, und deshalb machen wir mit der anwesenden Anzuhörenden weiter. Ich bitte also Frau Thoms von mittendrin e. V. um ihr Statement.

**Eva-Maria Thoms (mittendrin e. V.):** Schönen guten Tag alle zusammen! Ich gehe davon aus, dass ich nicht für den Bereich „Schule“ insgesamt eingeladen bin, sondern für eine spezielle Zielgruppe, und das sind die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf, um zu berichten, was unsere Erfahrungen in der Pandemie sind.

Da ich hier auf unbekanntem Terrain bin und nicht davon ausgehen kann, dass alle mich kennen, sage ich noch mal kurz, was ich so tue: Ich habe selbst eine Tochter mit einer Behinderung und bin über diese Erlebnisse in die Selbstvertretung von Eltern von Kindern mit Behinderung und in das Engagement für inklusive Bildung hineingerutscht. Unser Elternverein in Köln heißt „mittendrin e. V.“, uns gibt es seit 2006, wir

sind also im Prinzip genauso alt wie die UN-Behindertenrechtskonvention, auch wenn wir das erst ein Jahr später festgestellt haben, weil wir die Konvention zunächst auch nicht kannten. Eigentlich erst seit 2007 beraten wir andere Eltern, das heißt, sie kommen zu uns, um sich über inklusive Bildung auszutauschen, sie kommen zu uns, wenn sie Probleme haben, für ihr Kind einen Platz in einer inklusiven Schule zu bekommen, und sie kommen zu uns, wenn es Probleme in der Schule gibt, beim Schulwechsel, beim Fahrdienst, bei was auch immer.

Seit 2015 sind wir auch Beratungsstelle der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung – EUTB. Das heißt, unsere Zielgruppe für Beratung ist noch deutlich breiter geworden, und wir sind in der Beratung bekannt dafür, dass wir den Eltern nicht nur Auskunft geben, wer zuständig ist und was die einschlägige Rechtsnorm ist, sondern dass wir die Eltern auch dabei unterstützen, die Interessen des Kindes durchzusetzen. Das heißt, wir gehen zum Teil mit zu Ämtern und in Schulen und bemühen uns zum Teil auch, in zerrütteten Beziehungen zwischen Schulen und Eltern ein bisschen Mediation zu betreiben und jedenfalls alles so in die Richtung zu bringen, dass das Kind hinterher dort wieder gut lernen kann.

Wir haben über die gesamte Pandemie, über alle Phasen, über alle Lockdowns hinweg weiter beraten. Wir sind immer erreichbar gewesen, und wir haben natürlich in den Phasen, in denen es vom Infektionsschutz her nicht möglich war, viel in Präsenz zu beraten, viel telefonisch und per Videocall beraten, aber in Härtefällen dann auch immer in Präsenz. Das heißt, wir haben über die Angelegenheiten, mit denen die Eltern zu uns kommen, glaube ich, einen ganz guten Einblick darin, was diese Pandemie für Kinder mit Behinderung bedeutet hat. Das ist eine Gruppe, die man schnell übersieht.

Dazu möchte ich einen ganz aktuellen Beispiel nennen: Wir haben jetzt gerade die Informationen in dem Programm „Ankommen und Aufholen“ für Schüler nach Corona bekommen, wie das mit den Bildungsgutscheinen laufen soll. Ich persönlich, obwohl ich mich eigentlich recht gut auskenne, bin seit der vergangenen Woche nicht in der Lage gewesen, herauszufinden, ob die allgemeinen Regeln für Bildungsgutscheine auch für die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung gelten. Da heißt es nämlich: Eine Unterrichtseinheit Refinanzierung 20 Euro. – Damit können Sie für Schüler mit Behinderung, wenn Sie eben nicht nur die mit Lern- und Entwicklungsstörung nehmen, definitiv kein Angebot finanzieren. Vielleicht gibt es da noch ein alternatives Angebot, aber davon weiß ich nichts, und auf der Seite des MSB steht auch nichts. Das gibt Ihnen vielleicht einen kleinen Einblick in die Probleme, die wir in diesen anderthalb Jahren gehabt haben, nämlich dass bei allen Regelungen Schülerinnen und Schüler mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf entweder nicht mit bedacht waren oder aber nicht mit genannt wurden, sodass dann die zuständigen Personen davon ausgingen, dass sie nicht mit gedacht gewesen sind, und bei allen Regelungen im Prinzip hintenuntergefallen sind.

Zusammenfassend kann man sagen: Der Lockdown im März 2020 hat für Familien, die Kinder mit komplexeren Behinderungen haben, den totalen Zusammenbruch sämtlicher Hilfssysteme gebracht und für die Kinder den totalen Zusammenbruch ihrer sozialen Bezüge und ihres Alltags. In meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich

versucht, zu skizzieren, was das ungefähr bedeutet. Wir haben auch aus dem Bereich Schilderungen von psychischen Problemen und Verhaltensproblemen.

Was den Unterrichtsausfall im Präsenzunterricht betrifft, haben Schüler mit Behinderung bisher deutlich größere Unterrichtsausfälle gehabt als Schüler ohne Behinderung, und zwar in beiden Systemen, aber vor allem in den Förderschulen. Um es klar zu sagen: Es gab Kinder, die sind von März 2020 bis nach den Herbstferien höchstens einen Tag pro Woche in der Schule gewesen.

Besonders, was die Gruppe der zieldifferent lernenden Schüler in den Körperbehindertenschulen und in den Geistigbehindertenschulen betrifft, ist auch der Distanzunterricht nicht so gelaufen, wie er in den allgemeinen Schulen gelaufen ist – das hat mehrere Gründe, und auch die habe ich in meiner Stellungnahme zu zitieren versucht –, sodass auch da nicht kompensiert werden konnte. Wir können davon ausgehen, dass – ich kann es nicht genau beziffern, wie viele das sind – doch eine relevante Zahl von Kindern und Jugendlichen aus dieser Zielgruppe völlig vom Lernen und vom Sozialleben entkoppelt ist.

Es kamen weitere Dinge hinzu wie zum Beispiel Diskriminierungen bei Schülerinnen und Schülern, die aus Gründen ihrer Behinderung keinen Mund- und Nasenschutz tragen können. Sie wurden zum Teil nicht in den Unterricht gelassen, und zwar nicht nur in allgemeinen Schulen, sondern auch in Förderschulen, oder wurden nur kurz beschult oder im Fahrdienst nicht mitgenommen, was auch wieder dazu führte, dass nach den Sommerferien 2020 für diese Schüler, obwohl die Schulen schon wieder offen waren, es wochenlang keine Schule gegeben hat.

Ein weiteres Problem: Schulbegleiter. – Da sich die Kommunen sehr schwergetan haben, im Distanzlernen Schulbegleiter bei den Schülern zu Hause in Einsatz zu bringen und zu refinanzieren, sind auch da wieder wochenlang Unterrichte ausgefallen.

Zwei aktuelle Probleme: Zum einen haben wir im Bereich der Schulbegleiter eine massive Arbeitskräfteabwanderung in der Pandemie gehabt. Das heißt, wer heute Anspruch auf einen Schulbegleiter hat, hat einen Anspruch, aber keinen Schulbegleiter, was wiederum dazu führt, dass Schulen diese Schülerinnen und Schüler zum Teil rechtswidrig nicht beschulen. Zum anderen haben wir im Moment bei den Einschulungen – wir haben es jetzt 2021 stark beobachtet – das Problem, dass für sehr viele Schüler offensichtlich schon mit der Schulanmeldung die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs beantragt wird. Das heißt, wir müssen befürchten, dass da eine massive Ausweitung des sonderpädagogischen Bereichs stattfindet, und zwar zum Teil für Schüler, die Probleme aus der Pandemie, aber eigentlich keine Behinderung haben, die aber dann in die Förderschwerpunkte und zum Teil in die zieldifferenten Bildungsgänge gedrängt werden.

Zur Perspektive würde ich nur kurz ein Wort sagen, denn auch darauf bin ich in der Stellungnahme ansatzweise eingegangen: Vielleicht wäre bei der Regelung, wie Schule in der Pandemie funktionieren kann, weniger mehr gewesen. Aber darüber können wir ja noch diskutieren. – Ich danke Ihnen herzlich.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Thoms. – Der letzte Satz wird sicherlich noch Gegenstand der Diskussion werden. – Ich sehe Frau Professorin Carle auf dem Bildschirm. Noch einmal ein herzliches Willkommen. Ich weiß nicht, ob Sie uns hören können. Jetzt sind Sie auf jeden Fall zugeschaltet, und der Techniker gibt mir auch das Zeichen, dass alles okay ist. Sie können jetzt sofort mit Ihrem Statement beginnen. Dafür müssen Sie lediglich noch das Mikrofon freischalten. – Bitte! – Das funktioniert offenbar nicht. Hören Sie uns denn? – Ja, Sie nicken. Ich habe gerade den Hinweis bekommen, dass Sie zusätzlich die Möglichkeit haben, sich telefonisch zuzuschalten. Die betreffende Telefonnummer ist in der E-Mail an Sie genannt, sie wird Ihnen aber auch noch mal zugesendet, und dann wird das geklärt. Wir würden in der Zwischenzeit mit den beiden anderen Anzuhörenden in eine erste Fragerunde gehen. – Ja, okay.

Bevor ich mit der Fragerunde starte, gestatten Sie mir noch den Hinweis – das habe ich eben zu Beginn der Sitzung vergessen –, dass sich Herr Dr. Vincentz kurz vor Beginn der Sitzung aus gesundheitlichen Gründen entschuldigt hat. Insofern wird also heute niemand von der AfD-Fraktion anwesend sein. – Nun zu den Fragen an die Anzuhörenden: Bitte, Frau Lück.

**Angela Lück (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Dankeschön der SPD-Fraktion an unsere heutigen Expertinnen. Schön, dass Sie da sind, und vielen Dank auch für Ihre umfangreichen Stellungnahmen, die Sie uns schon geschickt haben. Ich habe zunächst eine Frage an Frau Professorin Steinbeck. Sie haben uns auch in Ihrer Stellungnahme geschildert, dass es viele Vorfälle gibt, wo Studierende in Ihre Tagesklinik gehen, weil sie Probleme haben. Wie gehen Sie im Weiteren mit dem gestiegenen Bedarf dort um? Gibt es da ein Konzept, wie man dem begegnen kann? Welche Maßnahmen sehen Sie für Studierende vor, die bisher nicht in das Studium kommen konnten, weil ihnen vielleicht auch die Vorbilder fehlten? Haben Studierende an Ihrer Universität aufgrund der Pandemie in dieser Zeit ihr Studium abgebrochen?

Dann habe ich noch Fragen an Frau Thoms. Frau Thoms, es war sehr interessant, Ihre Stellungnahme zu lesen, und auch das, was Sie eben geschildert haben, war mir jedenfalls so nicht klar. Darum würde ich Sie gerne fragen, welche Chancen Sie für die Kinder sehen, die in diesen fast zwei Jahren vieles verloren haben, wie Sie auch geschildert haben, dass sie wieder Fuß fassen und auch wieder aufschließen können. Wie schafft man das? Und welche Möglichkeiten sehen Sie, junge Erwachsene, die pandemiebedingt in den Werkstätten eingemündet sind, vielleicht auch wieder inklusiv in den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen?

Eine Frage habe ich noch zur Beratung: Wie haben Sie da die Eltern erlebt, die aus Pandemiegründen vielleicht den inklusiven Weg für ihre Kinder gefährdet gesehen haben? – Das wären meine ersten Fragen in dieser Runde. – Danke schön.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Herr Schmitz!

**Marco Schmitz (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen Sachverständige! Vielen Dank für Ihre ausführlichen Stellungnahmen, die Sie uns im Vorfeld schon zur Verfügung gestellt haben, und auch vielen Dank für die bisherigen zwei Wortmeldungen. Ich hoffe natürlich, dass wir von Frau Professorin Carle gleich auch noch die mündliche Stellungnahme hinzubekommen.

Einige Fragen habe ich aber noch: Frau Professorin Steinbeck, Sie haben eben die psychosoziale Beratung angesprochen, die notwendig ist. Das geht auch ein bisschen in Richtung dessen, was Angela Lück gerade gefragt hat. Sie haben gesagt, dass das mehr geworden ist. Wird es notwendig sein, zukünftig den Bereich grundsätzlich auszubauen, also ist das ein grundsätzliches Problem, ist das ein Wandel, oder liegt es wirklich an Corona?

Dann haben Sie auf das fehlende Erlernen der Sozialkompetenzen hingewiesen. Wenn ich mich an meinen Studienanfang erinnere, hat man da sehr viel gelernt, allerdings nicht unbedingt im Hörsaal, sondern auch drum herum – eben weil man nicht mehr zu Hause gewohnt hat. Es fehlt natürlich den Studierenden jetzt eine Orientierungswoche, es fehlen die Kontakte. Ich habe heute immer noch mit den Leuten zu tun, mit denen ich damals meine Orientierungswoche hatte. Mich würde interessieren: Wie schafft man es als Universität – oder macht das der Asta oder der Studierendenrat? –, gerade für die Studierenden, die hierher in eine neue Stadt kommen – nun ist Düsseldorf nicht ein klassischer Hochschulstandort, zu dem man hinwechelt, sondern die meisten kommen aus dem Umland oder aus der Stadt selbst –, diese Kontakte herzustellen, um zum Beispiel die Lerngruppen oder Ähnliches zu ermöglichen?

Wird es langfristig, wenn man das so sieht, zu Veränderungen kommen? Sie haben das eben beschrieben, und wir hatten uns auch schon letztsens bei dem Frühstück darüber unterhalten, wie das Studium zukünftig umgesetzt wird. Es gibt ja immer noch sehr viele Professorinnen und Professoren, die Wert auf Präsenzveranstaltungen legen, die vor Ort durchgeführt werden müssen, also mit diesen sogenannten Sitzscheiden, die es früher gab. Das war ja während der Coronazeit gar nicht möglich. Ich habe das von meinen Studis gehört, man konnte sich einloggen. Aber ist es da nicht auch wichtig, über eine grundsätzliche Änderung des Studiums nachzudenken, oder sagen Sie, dass diese Präsenzveranstaltungen vor Ort, diese Pflichtveranstaltungen so wichtig sind, dass wir das wieder einführen müssen?

Frau Thoms, auch vielen Dank für Ihre Stellungnahmen, die Sie gegeben haben. Eines habe ich jetzt bei dem nochmaligen schnellen Durchschauen der Unterlagen nicht gefunden. Sie hatten davon gesprochen, dass es durch die Coronapandemie Probleme mit den Integrationshelfern für die Kinder mit Behinderung gab und deswegen keine Beschulung stattgefunden hat. War das im Bereich des Homeschoolings, weil dort der Integrationshelfer fehlte? – Nur zum Verständnis: Haben Integrationshelfer im Homeschooling unterstützt, oder mussten es da die Eltern machen, denn es gab da ja genauso Kontaktbeschränkungen? Oder war es so, dass im Nachhinein, nachdem die Schule wieder begonnen hat, Integrationshelfer gefehlt haben und dann die Schulen verweigert haben, dass die Kinder am Unterricht teilnehmen? Das ist mir nicht klar. Schriftlich habe ich das jetzt auf die Schnelle nicht gefunden. Mich würde interessieren, wo da genau die Probleme sind. – Danke sehr.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Schmitz. – Frau Schneider, bitte.

**Susanne Schneider (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Werte Damen Sachverständige, auch im Namen der FDP-Landtagsfraktion ganz herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute hier bei uns sind. Das war für mich schon so umfassend, dass ich nur noch eine Frage an Frau Professorin Steinbeck habe. Sie hatten vorhin schon das Thema „Digitalisierung“ angerissen. Ich würde gern wissen, was da Ihrer Meinung nach gut lief, was sich verbessert hat und wo Sie für die Zukunft noch Bedarf sehen. Was bräuchten Sie mehr, was würden Sie sich anders wünschen? – Danke schön.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist in der Regel durch Herrn Mostofizadeh vertreten, der erfahrungsgemäß dienstagnachmittags zunächst in der PG-Runde ist und im Laufe der Sitzung hier hinzustößt. Er ist aber noch nicht hier. Hat der Referent der Grünen-Fraktion vielleicht vorformulierte Fragen, die wir mit einfließen lassen können? – Nein? – Gut, das war nur ein Angebot. – Frau Professorin Steinbeck, dann haben Sie jetzt das Wort zur Beantwortung der Fragen.

**Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Rektorin der HHU Düsseldorf):** Vielen Dank für die Fragen. Ich würde das jetzt etwas clustern, weil es sich zum Teil auch überschneiden hat. Das Erste ist die Frage, wie wir mit dem gestiegenen Bedarf umgehen und ob er pandemiebedingt ist. Der Bedarf an Beratung war schon vor Corona hoch, und da muss ich ehrlich gestehen, dass ich am Anfang – ich bin ja jetzt sieben Jahre Rektorin – diese Fragen, diese Problematik oder diese Herausforderung gar nicht so auf dem Schirm hatte, also wie viele Studierende tatsächlich eine Beratung aufsuchen.

Wenn ich sage, dass wir ein Studierenden-Service-Center haben, dann sind das keine Psychologen, die da sitzen, sondern dort wird man zum Beispiel bei der Frage beraten: Wenn ich ins Ausland gehe, was kann ich da machen? – Dafür sind die Mitarbeitenden dort geschult, und eine echte psychologische Ausbildung haben dort ganz wenige. Deswegen versuchen wir dann, wie gesagt, die betreffenden jungen Leute an die psychotherapeutische Tagesklinik am Universitätsklinikum Düsseldorf zu überweisen bzw. ihnen zu sagen, dass sie dorthin gehen sollen. Mir wurde nur gesagt, dass diese Fälle zugenommen haben. Es geht um die Beratungsschwere, also die Beratenden fühlten sich wirklich überfordert. Sie mussten dann zum Beispiel sagen: Ich merke, der hat Depressionen oder Selbstmordabsichten, ich kann hier jetzt nicht mehr viel leisten.

Was den gestiegenen Bedarf angeht: Wir haben ja nicht mehr Personal. Die Mitarbeitenden dort können halt auch nicht mehr als ihre Zeit arbeiten. Ganz wichtig ist wohl, dass das Angebot sehr niedrigschwellig ist. Also wir bieten WhatsApp-Gruppen an, sodass man per WhatsApp seine Fragen stellen kann. Natürlich kann man auch anrufen, aber gerade jetzt wollten auch viele nicht vor Ort hinkommen. Wichtig ist deshalb, dass man wirklich über alle sozialen Medien ansprechbar ist.

Die zweite Frage: Was könnten wir jetzt tun? – Ich habe mich auf dieses Gespräch mit dem Studiendekan und mit unserer Leiterin des Studierenden-Service-Centers vorbereitet, und während der Vorbereitung kam uns tatsächlich die Idee, dass wir im Sommersemester oder eben dann, wenn die Verhältnisse wieder besser werden, extra mal einen Tag oder eine Veranstaltung für die Studienanfänger aus dem Wintersemester 20/21 machen, die praktisch diese Orientierungswoche nicht hatten. Bei diesem Wintersemesterstart war die Orientierungswoche, also diese Einführungswoche, die erste Oktoberwoche, und da hat die Fachschaft schon in der letzten Septemberwoche für die Studierenden vom letzten Wintersemester Veranstaltungen gemacht. Aber das sind nur die Fachschaften, das ist nicht ganz so professionell, da geht es nicht so sehr um Beratung, sondern da geht es mehr um das Trinken und andere Dinge. Also ich glaube, dass es die Generation, die jetzt im 3. Semester ist, besonders hart erwischt hat oder dass es für die besonders anstrengend war.

Zur Frage nach Studienabbrüchen: Es waren mehr Studierende, die über einen Abbruch nachgedacht haben. Das Problem mit den Abbruchzahlen ist, dass ein Studierender, der von BWL zu VWL wechselt oder den Studienort wechselt, bei uns nicht mehr erscheint. Man weiß nie ganz genau, was ein Abbruch im Sinne von Studienort- oder Studienfachwechsel oder ein Abbruch im Sinne des gänzlichen Verlassens der Hochschule ist. Aber es gibt auch ein Programm – „Next Career“ –, das jetzt schon läuft und wo Studienabbrecher beraten werden. Es wäre wirklich eine gute Maßnahme, da die Kapazitäten zu erhöhen.

Dann fragten Sie nach Sitzscheiden und der Bedeutung der Präsenz. Dazu haben wir sehr ausführliche Diskussionen geführt, und wenn Sie mit 60 Lehrenden sprechen, dann haben Sie zehn, die sagen, dass der Hörsaal ausgedient hat – die sind also ganz vehemente Digitalvertreter –, dann haben Sie zehn, die noch so von der letzten Generation sind und sagen, dass nichts über den Augenkontakt im Hörsaal geht, und dann haben Sie 40, die da eine Position in der Mitte vertreten. Allerdings sollte man immer wieder berücksichtigen, dass die Struktur, die man dadurch hat, dass man an die Universität kommen muss, dieser Tagesablauf, für ganz viele Studierende wichtig ist. Dem gegenüber stehen natürlich die Studierenden mit verschiedenen Hintergründen – die arbeiten müssen, die Angehörige zu pflegen haben etc. –, die sich natürlich etwas Digitales wünschen.

Wir müssen da einen Weg finden, um möglichst viele Bedarfe zu befriedigen. Meine persönliche Ansicht ist – aber die habe natürlich nicht nur ich –, dass die Vorlesung nicht ausgedient hat. Wer ganz viel Flexibilität haben möchte, der muss eben an die Fernuni Hagen gehen, aber die Universität wird eine Präsenzuniversität bleiben, jedoch mit digitalen Zusatzangeboten.

Damit kommen wir zum letzten Thema – Digitalisierung –, und das ist wirklich ein Thema, das uns umtreibt. Es ist nicht die Hardware oder die Software das Problem, sondern das Problem sind fehlende gut ausgestattete Hörsäle mit Steckdosen überall, mit WLAN durch die Wände, aber auch ein Campus, auf dem man sich aufhalten kann. Es geht um angemessene Lernräume. Wir versuchen jetzt bei jedem Umbau – gerade haben wir ein Gebäude saniert –, Flächen zu schaffen, wo man sich aufhalten kann, und da muss natürlich dann auch alles vor Ort sein, also Schreibtisch, Steckdose und

alles Mögliche. Das kann man leider nicht kurzfristig lösen, sondern das sind Baumaßnahmen, und die dauern. Man muss also praktisch den Campus neu denken.

Das Zweite, was hierbei sehr wichtig ist: Es geht darum – wenn man jetzt mal die ganz jungen Lehrenden ausnimmt, und damit meine ich die, die noch unter 40 sind –, die Lehrenden so ab Mitte 40 – also man könnte sagen, schon die älteren, und dazu würde ich ja dann auch gehören – zu schulen. Da sind viele, die immer noch Angst haben. Das habe ich auch geschrieben. Corona war sicherlich ein Katalysator, wie es so heißt, und viele haben da auch viel gelernt, aber ich habe etwas Sorge, dass dann, wenn die Pandemie vorbei ist, was wir uns ja alle wünschen, viele wieder in ihr Muster zurückfallen. Wir haben jetzt zum Beispiel neun Stunden Lehrverpflichtung als Professor oder Professorin, und wenn man sagen würde: „Eine Stunde, die neunte Stunde, kannst du zur Selbstschulung nehmen, und dann musst du dich natürlich auch in digitalen Formaten weiterbilden“, wäre das sicherlich ein Anreiz. Denn zu glauben, allein dadurch, dass man eine WebEx-Kamera in einen Hörsaal stellt, hätte man die Lehre digitalisiert, ohne didaktisches Konzept, ist einfach zu kurz gesprungen. Da wäre aus meiner Sicht die Politik gefordert, Programme aufzulegen, also nicht nur zu sagen: „Hier ist 1 Million, damit ihr Hard- und Software kauft“, sondern da muss wirklich ein Konzept da sein, um die Lehrenden zu schulen. Das halte ich für ganz wichtig. – Danke schön.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank. – Frau Thoms, bitte.

**Eva-Maria Thoms (mittendrin e. V.):** Frau Lück, Sie hatten mich gefragt, was man tun kann, um diese Kinder und Jugendlichen wieder an Bildung heranzubringen. Das MSB hat dazu ein Programm aufgelegt – „Ankommen und Aufholen“ –, und ich glaube, so ein Programm braucht man auch, wobei ich, wenn ich mir die genauen Bestimmungen der Programme angucke, wieder den Eindruck habe, dass es sehr auf das Aufholen von versäumtem Lernstoff ausgerichtet ist. Ich frage mich dabei nur, wie die Jugendlichen jetzt den versäumten Lernstoff aufholen sollen, wenn sie vom Sozialen her noch gar nicht wieder in der Schule angekommen sind und noch keine Lernverfassung wiederhergestellt haben. Ich würde da den Schwerpunkt ein bisschen verschieben.

Ich glaube, dass sich das MSB auch große Sorgen macht, ob die Teile des Programmes, die sich an die Schulen und die Schulträger richten, auch wirklich mit Leben gefüllt werden und das Geld dafür abgerufen wird. Ich arbeite auch recht viel über Social Media. Da gibt es jede Menge Gruppen von Eltern mit Kindern mit Behinderung, und dort habe ich auch mal nachgefragt: Wie ist es denn nun an eurer Schule mit den Aufholprogrammen nach Corona? Was ist da geplant? Findet sogar schon etwas statt? Ist das gut für eure Kinder? Würdet ihr euch etwas anderes wünschen? – Ich habe keine Rückmeldung bekommen, wo jemand gesagt hat: „Wir haben da dieses und jenes Programm an unserer Schule“, sondern entweder wurde gesagt: „Nein, da läuft alles, wie es sonst auch läuft“, oder die Eltern wussten gar nicht, was das für ein Programm ist. Also sie merken zumindest nicht, dass da etwas getan wird. Wir können nur hoffen, dass das Programm ins Laufen kommt.

Im Moment macht mir noch Folgendes Sorgen: Ich habe zum Beispiel Kenntnis von einer KM-Förderschule in Wuppertal, die aktuell natürlich auch wieder wie alle anderen

Schulen in voller Präsenz ist, aber jetzt eine 20-prozentige Unterrichtskürzung hat. Da ist der gesamte Nachmittagsunterricht gestrichen. Als Grund wird angegeben, dass man einen Lehrermangel habe, und da werde ich dann langsam unruhig, weil es gerade in diesen Schulen wirklich um Kinder geht, die zum Teil monatelang nicht in der Schule waren. Jetzt sind sie wieder da, und dann wird der Ganzttag gestrichen. Da kriegt man langsam das Gefühl: Oh Gott, wie soll man das alles wieder hinkriegen?

Was die Einbindung in die WfbM, die Werkstätten für behinderte Menschen, betrifft, so sind die Jugendlichen, ich sage mal, die „üblichen Verdächtigen“, die meistens aus dem Gemeinsamen Lernen kommen, jetzt gerade im zieldifferenten Bereich „Förderschule Geistige Entwicklung“, und eigentlich auch in Richtung erster Arbeitsmarkt wollen, tatsächlich im Jahr 2021 zu fast 100 % in die Werkstatt eingemündet, weil es schlicht und einfach keine andere Möglichkeit gab.

Ich habe im Fachbeirat Arbeit des Inklusionsbeirates jetzt noch mal auf diese Situation hingewiesen und habe gesagt, dass wir das so nicht lassen sollten, sondern dass diesen Familien ein Angebot gemacht werden sollte, wie man die Kurve noch kriegen kann. Ich selbst weiß noch nicht, wie das laufen soll. Die Arbeitsagentur, die Regionaldirektion, sagte auch, das habe sie im Blick und sie würde auf die Werkstätten zugehen, worauf ich gesagt habe, mir wäre lieber, sie würden auf die Betroffenen zugehen, statt auf die Werkstätten. Ich bin da mal gespannt. Ich bin dann aufgefordert worden, Kontakt aufzunehmen. Das habe ich getan. Ich habe bisher keine Rückmeldung, aber ich bleibe an so etwas normalerweise dran.

Die Eltern sind natürlich auch unzufrieden. Man hat das Kind inklusiv beschult und hat dafür auch einige Mühen auf sich genommen, weil es ja auch nicht immer alles so reibungslos gelaufen ist, und steht jetzt vor der Situation, dass eine inklusive Perspektive für das Erwachsenenalter, auf die man ja zugesteuert hat, durch die Pandemie abgebrochen worden ist. Die Leute sind nicht zufrieden. Das kann ich Ihnen so sagen.

Herr Schmitz, Sie wollten noch etwas zu den Integrationshelfern wissen. Es gab eben unterschiedliche Phasen. In den Phasen, in denen die Schulen zu waren und wir Distanzlernen hatten, haben wir dann irgendwann gemerkt, dass Schüler, die einen großen Unterstützungsbedarf im Lernen haben, sei es aus den inklusiven Schulen, sei es aus den Förderschulen, vom Distanzlernen nicht profitieren konnten, weil sie diese Unterstützung nicht hatten, es sei denn, die Eltern lieferten sie, was dann aber im Vergleich zu einem Schüler, der keine Behinderung hat, in vielen Fällen ein deutlich höherer Aufwand ist und man da als Eltern auch an seine Grenzen stößt.

Dann hatten wir das Problem, dass die Kommunen die Schulbegleiter bezahlen, die aber nun plötzlich auf dem Standpunkt standen: Keine Schule, keine Schulbegleitung! – Die haben Distanzlernen nicht als Schule anerkannt. Wir haben dann mehrfach mit dem MSB Kontakt aufgenommen und haben gesagt: Lasst doch bitte mal in euren Schul-Mails und in den Verordnungen einen Satz fallen, dass Distanzlernen Schule ist, damit sich die Kommunen da nicht wieder rausdrängen können! – Also wir haben das zum Teil wirklich Kommune für Kommune aufgerollt und Fall für Fall durchgesetzt.

Dann kam es noch zu solchen Situationen: Wenn Kommunen sich bereit erklärt hatten – die größten Probleme hatten wir immer in den Sozialamtsbereichen, weniger in den

Jugendamtsbereichen –, kamen sie plötzlich an und verlangten von den Eltern ein Hygienekonzept, also ein professionelles Hygienekonzept, wie sozusagen die Unterstützung im Distanzlernen bei ihnen zu Hause vom Infektionsschutz her abgesichert werden sollte. Damit waren die Eltern natürlich zum Teil überfordert.

Zum Teil wurde dann Eltern ein Neuantrag abverlangt, also für eine eigentlich bewilligte Leistung, eine Leistung der Eingliederungshilfe, die in der Schule eingesetzt werden sollte, sollte jetzt, weil der Ort verändert worden war, ein Neuantrag gestellt werden. Ich weiß nicht, ob Sie sich mit solchen Anträgen auskennen. Ich kann nur sagen – wie gesagt, ich bin ja selber in der Situation –, dass ich eigentlich ein Sekretariat brauche, denn machen Sie eine Mappe mit einem Antrag zu, machen Sie die nächste auf. Sie stellen ja auch alle Anträge jedes Jahr wieder.

Das waren einfach unnötige Hürden, und wir haben auch mit Unterstützung der anderen Elternverbände dann im Dreieck Kommunen, MSB, MAGS versucht, es irgendwie hinzukriegen, dass man hier eine landesweite Klarstellung rechtlicherseits hinkriegt, dass natürlich im Distanzlernen diese Schüler Unterstützung brauchen. Es war nicht möglich. Das MSB hat gesagt: Uns sind die Hände gebunden, wir sind nicht zuständig. – Das MAGS war hilflos, die haben sich wirklich bemüht, haben es aber nicht geschafft, weil sie die Kommunen nicht unter einen Hut bekommen haben. Dann steht man da als Bürger. Das brauche ich nicht weiter auszuführen, wir wissen alle, dass das ärgerlich ist.

Dadurch, dass wir die Schulschließungen hatten – den Wechselunterricht, die reduzierten Unterrichtszeiten –, und weil Schulbegleiter ja nach Stundeneinsatz refinanziert werden, sind viele Schulbegleiter, die sowieso relativ wenig verdienen, auf Kurzarbeit gesetzt oder zum Teil entlassen worden. Wir hatten im Frühjahr 2020 tatsächlich im Rhein-Erft-Kreis einen Anbieter, der seine sämtlichen Kräfte einfach entlassen hat. Die haben sich zum Teil andere Jobs gesucht. Das heißt, wir haben einen immensen Arbeitskräftemangel in diesem Bereich, und es gibt Wartelisten ohne Ende. Also die Schüler haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe, sie haben die Bewilligung, sie finden aber keinen Schulbegleiter. Und dann reagieren Schulen eben unterschiedlich.

Es ist ein Ärgernis, dass Schulen zum Teil sagen: Du kannst nur kommen, wenn dein Schulbegleiter da ist, und wenn dein Schulbegleiter krank ist, musst du nach Hause, und wenn du keinen hast, musst du auch nach Hause. – Da sind wir uns mit dem MSB einig, dass das von der Rechtslage nicht gedeckt ist. Ich hatte in dieser Legislaturperiode, weil wir das Problem ansatzweise auch schon vor der Pandemie hatten, mit dem MSB mindestens fünf mal intensive Besprechungen darüber, dass wir zwar alle bis zur Bezirksregierung hinunter wissen, dass das nicht rechtens ist, es aber in den Schulen gewohnheitsmäßig anders umgesetzt wird und dass ich mir eigentlich als Bürgerin wünsche, dass die Landesregierung dabei dafür sorgt, dass nicht nur die Gesetze in Ordnung sind, sondern dass sie auch in der Praxis ankommen. Das fällt uns jetzt natürlich auf die Füße, weil einfach die Situation schwieriger geworden ist. – Das war es.

(Marco Schmitz (CDU): Ich danke Ihnen!)

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Thoms. – Und jetzt kommen wir zu Frau Professorin Carle. Ich nehme Blickkontakt auf und sehe, dass Sie mich hören. Sie haben die Auswahl von verschiedenen Mikrofonen und müssen nun versuchen, auch im Ton mit uns in Verbindung zu treten. – Bitte!

(Es werden mehrere Versuche unternommen, eine Tonverbindung herzustellen.)

Wir haben große Schwierigkeiten, weil wir Sie nach wie vor nicht hören können. Auch über die Telefonverbindung hören wir Sie nicht; daran scheint es auch nicht zu liegen. Also ich stelle fest: Es geht nicht. Wir kommen nicht zueinander. Wir haben, glaube ich, jetzt alles versucht. Der Techniker nickt. Es tut mir fürchterlich leid, Frau Professorin Carle, dass wir Sie nicht hören können. Ich habe auch nicht die Hoffnung, dass das jetzt noch in irgendeiner Form funktionieren könnte. Teilen Sie meine Meinung? – Sie nicken. Das ist sehr schade, wir könnten zwar Fragen stellen, würden aber Ihre Antworten nicht hören. Also an der Stelle kommen wir definitiv nicht weiter, so leid es mir tut. – Dann machen wir hier im Saal weiter. Einverstanden? – Ja. – Ich frage in die Runde: Gibt es weitere Fragen? – Bitte, Frau Voigt-Küppers! (*Vortrag Prof.'in Dr. Ursula Carle s. Anlage 2*)

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Es ist jetzt ein bisschen schwierig, noch mal an das anzuknüpfen, was wir vorher schon diskutiert hatten. Nichtsdestotrotz will ich offen und ehrlich gestehen – das habe ich Frau Thoms auch zum Anfang der Sitzung schon gesagt –, dass mich ihre Stellungnahme bewegt und betroffen gemacht hat. Ich will das jetzt nicht gegeneinander ausspielen. Ich hatte schon den Eindruck, dass aus vielen Bildungsbereichen, aus Kitas, aus den Schulen und auch von den Studierenden – da weniger als aus dem Schulbereich – viele Informationen zu uns gekommen sind, aber wie es den Kindern mit Beeinträchtigungen ging, habe ich mir so in der Form nicht ausmalen können. Das ist deutlich schlechter gewesen, als es in meinem Bewusstsein verankert war.

Wir sitzen aber jetzt hier in einem Gremium, das nicht nur nach hinten schauen soll. Insofern habe ich die Frage: Was, glauben Sie, könnte uns davor bewahren, noch einmal in so eine Situation zu kommen? Eine fünfte oder sechste Welle ist ja auch nicht auszuschließen. Insofern halte ich es für ausgesprochen wichtig, dass wir uns rechtzeitig Gedanken machen, wie wir dann solche Situationen besser meistern können. Deshalb meine Frage: Was brauchen wir, damit die Situation für alle Kinder in den Bildungseinrichtungen besser ist? – Das gilt natürlich auch für die Universitäten.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Keine. Dann bitte ich zunächst Frau Thoms um die Beantwortung der Frage, weil ich glaube, dass sie in erster Linie an sie gerichtet war.

**Eva-Maria Thoms (mittendrin e. V.):** Wir haben auch viele Diskussions- und Austauschrunden mit Verbänden der Eltern, mit Verbänden der Lehrer, der Schulformen und Vertretern des MSB gehabt, und wir haben immer wieder mit einigen Elternverbänden zusammen versucht, die Diskussion sozusagen mal auf ein anderes Level zu

heben, denn es ging ja immer darum, ob wir Präsenzunterricht haben wollen oder nicht. Wir hatten aus dem Erleben der Eltern irgendwann den Eindruck, dass das nicht die entscheidende Frage ist, sondern wir wollen natürlich alle Präsenzunterricht, aber Präsenzunterricht muss ja nicht heißen, dass alles so wie früher ist, nur mit Mundschutz und offenem Fenster und jetzt auch noch mit Tests.

Vielleicht hat man am Anfang noch den Eindruck, man kann der Pandemie das vollständige Funktionieren des Schulsystems, so wie es vorher war, abtrotzen. Aber ich glaube, wir sind da alle bitter eines Besseren belehrt worden, und dann haben wir eben versucht, in Diskussionen mit anderen Elternverbänden zu überlegen, was ein Design für Schule in Pandemiezeiten sein könnte, das vom Infektionsschutz her ein höheres Level bietet und gleichzeitig die Kinder an der Bildung hält. Das gilt nicht nur für die Kinder mit Behinderung. Das gilt natürlich in ähnlich starker Weise für Kinder, die sonstige Schwierigkeiten haben, und eigentlich gilt es für alle.

Also dieses vollständige Herausfallen aus Sozialbezügen, aus sozialem Lernen, auch aus vertieften Bildungsprozessen in der Schule dadurch, dass man in Distanz lernt oder in unregelmäßiger Form zur Schule kommt und dann auch noch, wenn man in der Schule ist, alle Prüfung nachholen muss, bringt das wirklich mehr Bildung, und hilft uns das, dass wir nach der Pandemie besser anknüpfen können? – Wir glauben inzwischen, nein. Wir glauben, es wäre besser, wenn man jetzt sagt: Wir müssen damit rechnen, dass es weitere Wellen geben wird, in denen wir, um den Infektionsschutz zu gewährleisten, nur mit Mühe die Schulen offen halten können. Und dann könnte man doch schauen, kleinere Gruppen, feste Kohorten zu haben – das heißt auch, feste Lehrer, das heißt auch, kein Fachunterricht mehr in dieser Form, sondern fächerübergreifenden Unterricht –, sodass man feste kleine Gruppen an den Schulen hat, die vielleicht weniger Unterricht haben, eben nicht sechs oder sieben Stunden täglich, sondern vielleicht drei Stunden, und dann kriegen sie Hausaufgaben mit, oder es gibt noch mal eine Digitalvereinbarung.

Ziel wäre, in diesem kleinen Setting mit vielleicht halbierten Klassen und festen Lehrern den Jugendlichen und den Kindern auch die Möglichkeit zu geben, miteinander die Pandemie zu bewältigen, denn die sitzen ja alle irgendwie zu Hause oder vor ihren Social-Media-Kanälen und versuchen, in dieser Art und Weise die Pandemie zu bewältigen. Sie tun das dann auf eine Art und Weise, die vielleicht nicht optimal ist. Schule sollte als sicherer Ort in der Pandemie da sein, wo man sagt: Die Pandemie trifft uns jetzt nun mal, wir können sie nicht abstellen, wir kommen dagegen nicht an, aber wir versuchen, Bildung und soziale Teilhabe aufrechtzuerhalten, damit wir danach wieder durchstarten können. – Das ist eine Idee, von der ich denke, dass man sie mal durchdenken und weiterentwickeln sollte und dann überlegen sollte, ob uns das besser hilft, damit wir nicht so viele verlieren.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Frau Professorin Steinbeck, bitte!

**Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Rektorin der HHU Düsseldorf):** Wenn ich als Politikerin etwas zu entscheiden hätte, dann würde ich als Erstes an die Formate rangehen, die es schon gibt, also an dieses „Kein Abschluss ohne Anschluss“, dann das „Talentscouting

NRW“ und das Projekt „Next Career“ für die Beratung von Studienzweiflern. Das MKW hat alle diese Programme – die finden Sie auch in meinen Unterlagen – schon aufgelegt. Die sind zum Teil verstetigt, aber solange das Geld nicht verstetigt ist, solange das immer nur Programme sind, kriegen Sie natürlich auch immer nur Menschen für befristete Stellen, und da kann ich jetzt nur anknüpfen: Gutes Personal zu finden, ist unglaublich schwierig. Da würde ich einfach versuchen, das zu verstetigen und gutes Personal zu bekommen.

Und dann haben wir ja noch einen Vorteil: Wir haben ja auch ältere Studierende, die vielleicht zu Beginn der Pandemie schon im 4. oder 5. Semester waren. Ich habe mir das noch nicht zu Ende überlegt, aber vielleicht kann man denen etwas anbieten, dass die sich um die Erst-, Zweit- und Drittsemester kümmern, also dass man noch mal eine „O-Woche reloaded“ oder „Studienstart reloaded“ anbietet und noch mal solche Sonderevents macht. Aber von selbst wird es nicht passieren. Wie gesagt, in Vorbereitung auf die heutige Sitzung kam uns die Idee, dass wir noch mal so eine Orientierungswoche mitten im Sommer, wenn das Wetter gut ist, für die organisieren könnten, die eigentlich schon im dritten Semester sind. Aber das muss ja alles nebenher geschehen. Es geht um Zeit und Geld, aber die Idee ist, dass man solche Programme macht.

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen, weil das jetzt auch im Vordergrund stand oder großes Thema war: Wir haben auch den Auftrag, uns um Studierende mit Beeinträchtigung oder chronisch kranke Studierende zu kümmern. Im Gesetz ist vorgesehen, dass wir dafür einen Beauftragten haben sollen, und in der Universität geht das herum wie eine heiße Kartoffel. Wer macht denn jetzt dieses Ehrenamt auch noch nebenher? Dann findet man irgendjemanden, der gesagt hat: Meinetwegen! – Aber der bekommt dafür auch nichts, der muss das noch nebenher machen.

Das ist überhaupt nicht institutionalisiert, sodass man sagen könnte, dass es da jetzt wirklich jemanden gibt, der sich auskennt. Da geht es um Nachteilsausgleiche, wenn Studierende länger schreiben, und da sind so viele rechtliche Fragen – Frau Thoms hat das ja angedeutet –, dass ein normaler Studienleiter das gar nicht kann. Das versteht man gar nicht. Ich habe mir das auch mal angesehen. Ich kann das nur teilen. Ich bin auch noch Juristin, aber das ist wirklich hochkomplex. Dafür sind die Universitäten überhaupt nicht ausgerichtet. Das macht ein Professor, oder bei uns ist es tatsächlich im Moment eine Sekretärin eines Chemielehrstuhls, die das macht – aus privaten Gründen, weil sie auch einen Bezug zu diesem Thema hat. Das darf man gar nicht so sagen, aber das ist einfach in der Universität nicht vorgesehen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Danke!)

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Es sind einige Dinge, die man hier im Laufe der Monate in diesem Begleitgremium hört, wo man dann auch als Politiker ab und zu mal für sich sagt – mir geht es zumindest so –: Kann doch wohl nicht wahr sein! – Aber es ist, wie es ist. Ich kann Ihnen allerdings auch zu dem Satz: „Wenn ich Politiker wäre ...“ sagen, dass das einfacher gesagt als getan ist. – Gibt es weitere Fragen? – Frau Lück!

**Angela Lück (SPD):** Ich habe noch eine Frage an Frau Professor Steinbeck. Wie sieht es mit den studentischen Hilfskräften an den Universitäten aus? Hat das Auswirkungen auf den wissenschaftlichen Nachwuchs? Jetzt haben viele Studenten keine Nebenjobs mehr. Wie ist denn aus Ihrer Sicht die soziale Lage unter den Studierenden?

Frau Thoms würde ich gerne noch fragen: Wo sehen Sie Handlungsbedarf, wenn man daran denkt, dass Erschöpfung und Unsicherheit nicht unbedingt ein privates Problem sind, man das aber gerade auch in Ihrer Stellungnahme sehr wahrnimmt? Wie kann man da noch mal gegensteuern? Welche Verfahren brauchen Sie, damit gerade die Eltern von Kindern mit einer Beeinträchtigung sich nicht so allein gelassen fühlen? Welches Werkzeug brauchte man da? – So weit. Danke.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Bitte schön!

**Prof.'in Dr. Anja Steinbeck (Rektorin der HHU Düsseldorf):** Ja, hinsichtlich der studentischen Hilfskräfte haben Sie völlig recht. Wir haben das auch sehr früh gesehen, und es hat beispielweise jede Universität eigene Maßnahmen ergriffen. Wir haben zum Beispiel Geld für die Lehrenden zur Verfügung gestellt – also ihnen zentral gegeben – , damit sie Digitalisierungshilfskräfte einstellen können, die ihnen dann wiederum bei der Digitalisierung helfen.

Wir hatten einen großen Auftrag, den unsere Universitäts- und Landesbibliothek eigentlich extern vergeben wollte. Da ging es schlicht darum, Bücher in der Bibliothek zu sortieren, und das war ein Auftrag über 100.000 Euro, den eine Firma bekommen sollte. Da haben wir dann gesagt: Nein, das machen wir jetzt mit den studentischen Hilfskräften oder mit den jungen Leuten, die vielleicht ihre Arbeit in einer Kneipe verloren haben. – Vielleicht wäre das wirklich ein Ansatz, wenn man da noch mal etwas Geld hätte, dass diese studentischen Hilfskräfte, die jetzt vielleicht auch ganz ihre Jobs verloren haben, wiederum den Erst- und Zweitsemestern beim Studieneinstieg helfen, wie in einem Patenprogramm, denn wir sind ja in der guten Situation, dass wir auch ältere Studierende haben, die das Know-how haben, was den jüngeren fehlt, die halt den Einstieg nicht richtig bekommen haben.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Frau Thoms!

**Eva-Maria Thoms (mittendrin e. V.):** Das ist eine schwierige Frage, Frau Lück, denn das ist ja schon im Normalzustand so angelegt. Wir Eltern von Kindern mit Behinderung fühlen uns ja sowieso schon überlastet und nicht abgeholt und nicht aufgenommen in die Gesellschaft. Denn alles, was wir brauchen, um für unsere Kinder die Situation gut zu gestalten, ist eben mit Anträgen verbunden, die man bei Behörden stellt, die einen Etat haben, die auch nicht immer gern so viel Geld herausgeben – natürlich! –, wofür ich größtes Verständnis habe, weil ich Volkswirtin bin. Es ist ja nicht so, dass ich mir nicht Gedanken über öffentliche Finanzen machen würde. Aber egal, was Sie tun, egal, was Sie machen, immer müssen Sie kämpfen, und das ist natürlich in der Pandemie auch so gewesen.

Viele Eltern aus dem Förderschulbereich haben das so gelöst, dass sie bei uns angerufen haben, obwohl wir ein Verein für Inklusion sind. Wir waren dann schon auch ein bisschen überrascht, als sich Ende April, Anfang Mai 2020 plötzlich die Zahl der Eltern, die ihre Kinder auf Förderschulen haben und bei uns anriefen, in unglaubliche Höhen bewegte. Wir haben gedacht: Was ist denn jetzt los? – Ja, offensichtlich wissen die sich überhaupt keinen Rat mehr. Niemand hilft ihnen, und da bleibt nur noch der mittdrin e. V. Das fanden wir schon sehr auffällig. Wir haben inzwischen auch eine nennenswerte Anzahl von Mitgliedern, die ihre Kinder auf Förderschulen haben.

Es ist schwierig. Wir müssen mit der Inklusion weiterkommen. Es war viel zu tun, auch im schulpolitischen Bereich war unglaublich viel zu tun, und man kann nicht überall hingucken. Und warum guckt man genau da, bei Kinder und Jugendlichen mit Behinderung, nicht hin? Weil es nicht präsent ist, weil es irgendwie nicht dazugehört, sondern immer so eine Sonderecke ist. Wir müssen mit der Inklusion vorankommen, sonst wird die Aufmerksamkeit für diese Personengruppe einfach nicht wachsen.

(Angela Lück (SPD): Eine Lotsengeschichte, wäre das etwas, wenn das bei den Kommunen angesiedelt wäre?)

– Da wäre ich jetzt erst mal skeptisch, weil die Lotsen dann auch einen ganz klaren Arbeitsauftrag haben müssten, der sich zum Teil konträr zu Ämtern der eigenen Verwaltung bewegen würde. Ich weiß nicht, ob das funktionieren würde. Wir brauchen mit Sicherheit auf Landesebene Ombudsstellen für Inklusion in allen Bereichen – Hochschule, Schule, Arbeitswelt. Ganz sicher!

(Angela Lück (SPD): Danke!)

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schaue ich noch mal hoch zu dem Videobildschirm und zu Frau Professorin Carle. Wir haben nach wie vor keinen Ton. Der Techniker nickt. Frau Professorin Carle, ich sehe aber an Ihrer Mimik, dass Sie uns hören und auch die ganze Zeit über fleißig lauschen. Ich schlage Ihnen vor, dass Sie uns nach dem, was Sie hier alles an Fragestellungen und Diskussionsbeiträgen gehört haben, einen schriftlichen Beitrag zukommen lassen, wenn Sie möchten. Das biete ich Ihnen an. Wenn Sie also meinen, dass Sie zu diesem und jenem am liebsten noch etwas sagen möchten, was über das hinausgeht, was Sie uns in Ihrer schriftlichen Stellungnahme mitgeteilt haben, schreiben Sie uns das bitte. Ich garantiere Ihnen, dass es bei jedem einzelnen Mitglied dieses Begleitgremiums ankommen wird.

(Prof.'in Dr. Ursula Carle [Friedrichshafen] *[per Video zugeschaltet]* nickt.)

Ich darf mich nun bei den Sachverständigen für die, wenn auch in kleinerer Runde stattfindende, aber nicht weniger intensive Diskussion bedanken. Das betrifft die Fragestellungen wie auch die Antworten. Ich kann Ihnen sagen – jetzt kommt wieder der Werbeblock für den dokumentarischen Dienst –, dass ein Wortprotokoll dieser Sitzung erstellt wird und dass wir Ihnen, den Sachverständigen, das nach der Veröffentlichung gern zuschicken. Nicken Sie einfach, wenn Sie das wünschen. – Okay. Herzlichen Dank.

## 2 Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage

Ausschussprotokoll 17/1540, TOP 1 (Seiten 4-29)

– Aussprache

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer** hebt hervor, dass man das Thema „Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage“ am 14.09.21 und somit zu einem relativ frühen Datum mit Sachverständigen erörtert habe.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** erklärt, schon in dieser Anhörung hätten die Beiträge von Professorin Woopen, Professor Streeck und anderen deutlich gemacht, dass ein Testen unabhängig vom Impfstatus erforderlich sei. Es sei auch klargestellt worden, dass man deshalb nicht zu schrägen Kausalbezügen kommen dürfe, wonach beispielsweise eine Impfung nichts bringe, weil geimpfte Personen ansteckend sein könnten. Auch hinsichtlich 2G und 3G seien Konsequenzen in der Schutzstrategie Nordrhein-Westfalens wie auch anderer Länder gezogen worden.

**Angela Lück (SPD)** betont ebenfalls, dass die Experten bereits im September vieles zutreffend prognostiziert und mit Recht erforderliche Schutzmaßnahmen und gerade hinsichtlich der Schulen eine bessere Ausstattung – Luftfilter, Distanzunterricht, Lüften etc. – gefordert hätten. Professor Streeck habe von der Zusammenarbeit mit Aerosolforschern und Pneumologen und Lüfthygienechecks berichtet, und demnach seien bereits im September die entscheidenden Werkzeuge bekannt gewesen. Leider fänden die Ergebnisse aus dem Parlamentarischen Begleitgremium wenig Niederschlag in den Maßnahmen der Landesregierung; hätte man mehr auf die Sachverständigen gehört, wären vielleicht manche der jetzigen negativen Ereignisse nicht eingetreten.

**Marco Schmitz (CDU)** bewertet die Anhörung zum Bewertungsmaßstab für die Pandemielage als erhellend. Vieles, was die Experten vorausgesagt hätten, sei eingetreten, allerdings nicht alles; einiges sei sogar völlig ausgeblieben. In dieser Zeit sei die Inzidenz mit Blick auf das Impfen schon vielfach für uninteressant erklärt worden, während sie nun weiter einen bedeutsamen Wert darstelle, da man so statistisch die zu erwartende Belegung der Intensivstationen ermitteln könne. Allerdings bestehe gegenwärtig ein großes Problem darin, dass in den Krankenhäusern immer mehr Intensivbetten abgemeldet würden, weil Pflegekräfte ausfielen, und dieser Vorgang sei nicht steuerbar. Auch die Experten hätten auf bisher ungeklärte Bereiche verwiesen. In den Monaten seit der Anhörung habe sich schon wieder so vieles geändert, dass man sich ständig mit dem Thema „Bewertungsmaßstäbe“ befassen müsse.

**Susanne Schneider (FDP)** erklärt, die betreffende Anhörung sei spannend und aufschlussreich gewesen und habe auch gezeigt, dass man in Nordrhein-Westfalen nicht alles falsch gemacht habe. Professor Streeck habe vehement für 3G plädiert, wovon man mittlerweile abgekommen sei, und die Bedeutung des Testens hervorgehoben, während der Bund die Tests erst einmal abgeschafft habe. Mit Recht habe Professor

Streek betont, dass man von einer Impfung nicht eine Herdenimmunität, sondern vor allem den Schutz vor schwereren Krankheitsverläufen erwarte. – Professorin Woopen habe eine genauere Definition des Genesenenstatus gefordert, und diese sollte erarbeitet werden.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer** hebt hervor, dass es nach der intensiven Darlegung von Professorin Woopen keinen Sinn mache, nach 2G-Maßgaben die Stadien zu füllen. – Etwas erschreckend sei, dass es sich bei einigen der Vorschläge der Sachverständigen um Vorschläge aus dem Expertenrat handle, die jetzt erst teilweise umgesetzt worden seien.

### 3 Datenlage – Krankenhausdaten / stationäre Versorgung

Ausschussprotokoll 17/1568, TOP 1 (Seiten 3-17)

– Aussprache

**Angela Lück (SPD)** stellt fest, dass sich die Aussagen der Experten in der Zwischenzeit bestätigt hätten. – Aufgrund des fehlenden Pflegepersonals ständen die Intensivbetten nicht mehr vollumfänglich zur Verfügung. Mittlerweile diene nicht mehr nur der Inzidenzwert, sondern auch der Hospitalisierungswert als Kriterium, der aber nicht im erforderlichen Maß herangezogen werde. Einerseits fänden noch Fußballspiele und andere Großveranstaltungen mit vielen Teilnehmern statt, andererseits werde die Situation in den Krankenhäusern zunehmend prekär.

Die Infektionszahlen insbesondere bei Kindern stiegen teilweise enorm an, und die Kinderkliniken arbeiteten mittlerweile nicht nur, aber auch wegen Corona am Limit. Insgesamt sei die stationäre Versorgung grenzwertig, und darauf müsse man das Augenmerk legen; in den Krankenhäusern seien mehr Vorsorge und Entlastung erforderlich. Bekanntlich sei die Pflege der coronainfizierten Menschen auf den Intensivstationen für das Pflegepersonal und den ärztlichen Bereich maximal belastend, und darauf müsse weitaus stärker reagiert werden, als es gegenwärtig der Fall sei.

**Marco Schmitz (CDU)** erklärt, die Anhörung vom 28.09.21 sei sehr informativ gewesen. Positiv hervorzuheben sei insbesondere das virtuelle Krankenhaus bzw. dessen früherer Start. Nach wie vor ein kritisches Thema sei die Datenlage und die Verarbeitung der Daten; zwar seien viele Daten erhoben worden, aber sie seien nicht überall synchronisiert und im gleichen Format vorhanden, um sie entsprechend zu nutzen. Diese Daten seien aber nach Auskunft des Sachverständigen nicht verloren, sondern müssten von künftigen Forschergenerationen vollständig ausgewertet werden, um den Umgang mit Pandemien zu verbessern.

In der Anhörung sei mehrfach die Krankenhausplanung angesprochen worden, und dazu hätten die Fraktionen verschiedene Auffassungen. Die Sachverständigen hätten allerdings festgestellt, dass man einer unerwarteten Lage wie der jetzigen Coronapandemie auch mit einer Krankenhausplanung nicht hätte besser entgegenreten können, sondern ein solches Ereignis eher im Bereich Katastrophenschutz abzuarbeiten sei. Sicherlich werde man das jetzt mit in die Krankenhausplanung aufnehmen, aber es werde nicht etwas sein, was man in eine traditionelle Krankenhausplanung dauerhaft aufnehmen könne.

**Susanne Schneider (FDP)** unterstreicht, dass die Datenlage momentan Probleme bereite, weil zum einen die Daten nicht vorhanden seien bzw. nicht erhoben würden und zum anderen die Akteure nicht entsprechend vernetzt seien. Diesbezüglich müsse man in Nordrhein-Westfalen noch besser werden.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer** hält fest, die gesamte Diskussion zur Datenlage habe gezeigt, dass zur Datenlage unterschiedliche Wahrnehmungen und Aufzeichnungen in

den Institutionen vorhanden seien und zum Beispiel eine Vernetzung zwischen Gesundheitsämtern fehle – Stichwort: unterschiedliche Programmierung. Erfreulicherweise habe man die Datenlage in den verschiedenen Punkten aufgenommen – mal mehr, mal weniger –, und gerade bei den Krankenhausdaten könne einiges für die künftige Arbeit entnommen werden.

#### 4 Datenlage – ambulante Versorgung, insb. zu Long COVID

Ausschussprotokoll 17/1568, TOP 2 (Seiten 18-48)

– Aussprache

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer** erklärt, bemerkenswerterweise erziele ein Comedian wie Eckart von Hirschhausen mit seiner TV-Sendung über Long COVID – „Hirschhausen – Corona ohne Ende?“ – größte Aufmerksamkeit, was bei den Beratungen in diesem oder anderen Fachgremien leider nicht der Fall sei. Das führe zu dem nicht ganz ernsthaft gemeinten Vorschlag, auch Eckart von Hirschhausen gelegentlich zu einer der Anhörungen einzuladen.

**Marco Schmitz (CDU)** hält als Ergebnis der Anhörung zu Long COVID fest, dass noch keine Lösungen für diese Erkrankung vorhanden seien. Weder die Politiker noch die Mediziner, die untereinander unterschiedlicher Meinung gewesen seien, hätten hierzu Klarheit bringen können. Es gebe Long-COVID-Symptome und eine Folgeerkrankung von Corona, aber z. B. keinen Blutmarker oder ein bestimmtes Merkmal dieser Erkrankung. Mit der Einrichtung von COVID-Ambulanzen an den Universitätskliniken habe man aber einen wichtigen Schritt hinsichtlich der Erforschung dieser Erkrankung und einer künftigen Definition geleistet.

Professor Koczulla von der Schön Klinik Berchtesgadener Land habe in der Anhörung anschaulich dargestellt, wie sehr die betroffenen Menschen unter Long COVID litten, und positiv vermerkt, dass es mittlerweile wenigstens eine Kassennummer gebe, um diese Erkrankung abzurechnen. Man werde Maßnahmen hinsichtlich dieser Erkrankung und auch Medikamente finden müssen; als Nicht-Mediziner habe er aber den Sachverständigen ab einem bestimmten Punkt nicht mehr folgen können.

**Angela Lück (SPD)** betont ebenfalls, dass Long COVID mit einem komplexen Erscheinungsbild verbunden und die betreffende Diagnose nicht einfach zu stellen sei. Professor Koczulla habe in der Anhörung deutlich gemacht, dass die Patienten nur in Zusammenhang mit einer Reha-Maßnahme gute Chancen hätten, Long COVID gut zu überstehen, und mehr Zusammenarbeit gefordert. Das Netzwerk der Universitäten – jetzt auch mit Münster – sei ein guter Ansatz. Frau Dr. Schwenzer habe allerdings darauf hingewiesen, dass eigentlich die Versorgungsstruktur bei den Hausärzten liege und an diesem Punkt eine bessere Vernetzung stattfinden müsse. Die Mediziner hätten eine Fachgesellschaft gefordert und seien offenkundig willens, dieses geheimnisvolle Geschehen „Long COVID“ konsequent anzugehen. Dies müsse man entsprechend unterstützen.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** erklärt, dass es äußerst unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit Long COVID gebe, aber in der Anhörung ein großer Fortschritt darin gesehen worden sei, dass nun eine Auseinandersetzung damit erfolge und an den Universitätsstandorten entsprechende Kompetenzzentren aufgebaut würden. Mit der Zusammenführung der verschiedenen Informationen und Erfahrungen

könne letztlich auch eine allgemein anerkannte Therapie entwickelt werden. Insofern sollte das Land Nordrhein-Westfalen für eine solche Zusammenführung und Analyse mehr Mittel bereitstellen.

**Vorsitzender Rainer Schmeltzer** erinnert daran, dass Professor Koczulla federführend an der Ausarbeitung der S1-Leitlinie Post-COVID/Long-COVID beteiligt gewesen sei und dieses Papier bundesweit herangezogen werde, wenn es um Long COVID gehe. In Bezug auf Long COVID seien bis zu 200 unterschiedliche Symptome festgestellt worden, und für Nicht-Mediziner sei dies erst recht ein unübersehbares Feld.

Zu verweisen sei auch auf die Ausführungen von Professorin Lehmann zu Long COVID in der Anhörung vom 24.08.21. Man habe immer wieder über die Begrifflichkeit – Fachgesellschaft oder nicht Fachgesellschaft – debattiert, aber einig sei man sich wohl darin, dass man in Richtung Universitätskliniken, niedergelassene Ärzte und Reha-Einrichtungen einen gemeinsamen Auftrag formulieren müsse. Dabei müsse man nicht zu einer Fachgesellschaft kommen, aber ein sektorübergreifendes Kompetenzzentrum sei immer wieder genannt worden. Auf die Frage, wie man so etwas auf den Weg bringen könne, habe Professorin Lehmann erklärt, wenn man einen solchen Auftrag erhalte, werde man dies auch machen. Das Parlamentarische Begleitgremium könne keinen Auftrag erteilen, aber immer wieder auf dieses wichtige Anliegen hinweisen.

gez. Rainer Schmeltzer  
Vorsitzender

## 2 Anlagen

11.01.2022/11.01.2022

10

**Fachgespräch**  
des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie

**Datenlage – Bereich Bildung**

am Dienstag, dem 7. Dezember 2021  
15.30 bis max. 18.30 Uhr, Raum E 3 D 01

**T a b l e a u**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professorin Dr. Anja Steinbeck Rektorin der HHU Düsseldorf	<b>Professorin Dr. Anja Steinbeck</b>	<b>17/4625</b>
Professorin Dr. Ursula Carle Friedrichshafen	<b>Professorin Dr. Ursula Carle</b> <i>(per Video)</i>	<b>17/4640</b>
Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Christiane Thiele Landesverbandsvorsitzende Nordrhein	./.	./.
mittendrin e.V. Eva-Maria Thoms	<b>Eva-Maria Thoms</b>	<b>17/4635</b>

\*\*\*



Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Parlamentarischen Begleitgremiums!

Was ist mir wichtig:

Meine Aussagen beziehen sich auf die pädagogischen und psychologischen Folgen der Corona Maßnahmen für Kinder, wie diese sich erklären lassen und was daraus zu lernen ist.

Dazu liegt Ihnen eine Folie vor. Dabei gehe ich von einem altbekannten Konzept aus, der Maslow'schen Bedürfnishierarchie, angedeutet durch die Pyramide im Hintergrund.

Die grünen Felder betreffen diejenigen Bedürfnisse, deren Befriedigung Voraussetzung ist für gute Bildungsprozesse der Kinder (gelbe Felder).



Je nachdem, wie gut die Kernfamilie alle übrigen Institutionen des großen Dorfs ersetzen konnte, fielen nun während der Schulschließungen die Bedingungen für das Lernen der Kinder aus. Denn Distanzunterricht war zumindest im Grundschulbereich überwiegend so gestrickt, dass er

- keine Impulse für das körperliche Wohlergehen setzte
- keinen Schutz, keine Stabilität, kaum Ordnung, keine Rhythmen, kaum Rituale, keine Geborgenheit und auch keine Angstfreiheit geboten hat
- die Gemeinschaft in der Kindergruppe nicht unterstützt hat
- mit Anerkennung und Wertschätzung sehr sparsam umgegangen ist

Für den gesamten Basisbereich in der Grafik haben sich Unterrichtende nicht verantwortlich gefühlt und hatten dafür auch keinen Auftrag und durch die Trennung von Unterricht und Betreuung auch keine Notwendigkeit. Frau Thoms hat darüber hinaus angesprochen, dass die Gemeinden nur den

Klassenunterricht als Bestandteil des Distanzunterrichts wahrgenommen haben mit den entsprechenden Folgen. Das Dorf wurde auf die Kernfamilie zusammengestutzt.

Der Betreuungsteil des schulischen Angebots war in der Notbetreuung gebunden und somit den meisten Kindern verschlossen.

Hier rächt sich das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule, in der die Verzahnung zwischen Bildung, Erziehung und Betreuung durch eine Rhythmisierung über den ganzen Tag nicht mitgedacht wird.

Gehen wir in den oberen Bereich der Pyramide.

Welche Qualität hatten die Lernangebote im Distanzunterricht der Grundschule? Sie waren

- gekennzeichnet durch das überproportionale Bearbeiten von Übungsblättern
- die wiederum wenig adaptiv waren, d.h. die Aufgaben waren den Zugangsmöglichkeiten des einzelnen Kindes nicht angepasst.
- Um nicht zu viele Probleme in den schulbildungsfernen Elternhäusern zu erzeugen, waren – zumindest nach meiner Wahrnehmung – die Aufgaben sehr einfach gestrickt.

Beispiel: So bekam dann ein Kind, das den 10er Übergang perfekt beherrscht (Addition und Subtraktion) und das im Zahlenraum bis 100, Arbeitsblätter zur Addition im Zahlenraum bis 10

Oder: Ein Kind, das im Schriftspracherwerb am Übergang von der alphabetischen Phase zur orthografischen Phase stand, erhielt seitenweise dem Kind unsinnig erscheinende Schönschreibaufgaben und nichts darüber hinaus.

Das sind Extrembeispiele, sicherlich. Sie deuten darauf hin, dass die Lehrerinnen und Lehrer überfordert waren. Denn natürlich wissen alle, dass Aufgaben Kinder herausfordern aber nicht unterfordern sollen.

Projektaufgaben, Erkundungsaufgaben, Denksportaufgaben, Kettenbriefe, Dokumentation von Aufgaben im Freien (wie hoch ist die höchste Hausnummer in Deiner Straße?) – und dann die Rückmeldung der Lehrperson, dass es zwei höchste gab: die eine 3 m und die andere 158. Wie erklärt Ihr Euch das? – Das ginge alles auch per Post, wenn das Internet nicht funktioniert.

Es ist normal, dass man bei einer überraschend hohen Herausforderung zurückfällt auf ein niedrigeres Tätigkeitsniveau. Bei hohem Ausgangsniveau und guten Ressourcen (personell, professionell, räumlich, technisch etc.) gelingt es dann schnell umzustellen.

Wo lagen die hauptsächlichen Probleme?

1. Die Verzahnungs-Probleme zwischen Unterrichtssystem und Betreuungssystem bestanden schon vor der Pandemie. Ebenso Personalmangel und teilweise zu geringe Qualifikation im Betreuungsbereich.
2. Das Dorf war auch vor der Pandemie schon zu klein, Ressourcen aus dem Umfeld konnten durch die Schulen nicht oder nur schwer mobilisiert werden (z.B. für Abstandswahrung Mitnutzung des leerstehenden Gemeindesaals, für den Distanzteil des Wechselunterrichts Personal, das mit der Gruppe draußen lernte, statt die Kinder nachhause zu schicken – z.B. Trainer aus dem Sportverein, Umgang mit digitalen Medien, technische Ausstattung)

3. Schulen mit wenig Teamarbeit und niedriger didaktischer und methodischer Kreativität waren der Herausforderung des Neuen nicht gewachsen.

Was ist zu tun?

1. Komplette Schul- und Kitaschließungen sind kein geeignetes Mittel, um die Gesundheit der Kinder zu unterstützen, auch nicht in der aktuellen Pandemie.
2. Für partielle Schließungen, um feste Gruppen und Abstand zu gewährleisten – Wechselunterricht – müssen geeignete Wege eingeschlagen werden, wie die Basisbedürfnisse der Kinder erfüllt und zugleich anregende Bildungsgelegenheiten geschaffen werden können.
3. Dabei sollten auch weitere Akteure aus dem großen Dorf eingebunden werden, z.B. Kirchen und Vereine, Betriebe, Feuerwehr etc. und zwar nicht als Besichtigungsstätten, sondern als Partner.

Damit das beim nächsten Notfall funktioniert, muss einiges im Vorfeld getan werden:

1. Ein Mentor:innensystem sollte an den Schulen eingerichtet werden, dafür braucht es ausgebildetes zusätzliches Personal.
2. Die Kooperation zwischen Institutionen formeller und nichtformeller Bildung sollte enger gekoppelt sowie Unterricht und Betreuung in der Ganztagschule besser verzahnt werden.
3. Dazu regional denken und Bildungsakteure in einem begrenzten Einzugsgebiet auffordern die gemeinsame Verantwortung für die Kinder ihres Gebiets zu übernehmen. Modelle gibt es z.B. <https://www.km2-bildung.de/>.
4. Es wäre zu prüfen, welche rechtlichen Bedingungen, welche Qualifizierungen und welche Finanzmittel dafür benötigt werden, sowie wie zusätzliches Personal gewonnen werden kann. Dabei spielt die angemessene Bezahlung der Betreuungskräfte, Schulbegleiter etc. eine zentrale Rolle, da die Zahl derjenigen, die für wenig Geld bereit sind im betreuenden und pflegenden Bereich zu arbeiten ausgeschöpft zu sein scheint.
5. An der systematischen Schul- und Unterrichtsentwicklung in allen Schulen muss dringend gearbeitet werden. Das geht nicht nebenbei, denn der Leistungsprozess, also die grundlegende Leistung der Schule, muss weiterlaufen und alle Kinder erreichen. Der Entwicklungsprozess benötigt daher eigene Zeit und Personalressourcen. In Betrieben wird diese Entwicklungszeit kalkuliert! Das muss auf das Bildungswesen übertragen werden.